

# Verwendungsbestätigung

Dieses Muster ist nur im sachlichen und zeitlichen Anwendungsbereich des Pilotprojekts „Verwendungsbestätigung“ zugelassen:

- Der sachliche Anwendungsbereich des Pilotprojekts umfasst alle staatlichen Zuwendungen an Kommunen, bei denen ausschließlich Mittel des Freistaates Bayern vergeben werden. Er erstreckt sich nicht auf Fördermaßnahmen, die ganz oder teilweise mit Mitteln der Europäischen Union, des Bundes oder anderer Dritter finanziert werden.
- Der zeitliche Anwendungsbereich des Pilotprojekts reicht vom 1. November 2003 bis zum 31. Dezember 2006. Bei Zuwendungsanträgen von Kommunen, die in diesem Zeitraum bei den Zuwendungsbehörden eingehen, sind die ANBest-K-Pilotprojekt zum Bestandteil des Zuwendungsbescheids zu machen, nach denen die Nutzung der Verwendungsbestätigung zugelassen ist. Das gleiche gilt für Zuwendungsanträge, die zwar vor dem 1. November 2003 bei den Zuwendungsbehörden eingegangen sind, für die aber vor diesem Zeitpunkt noch kein Zuwendungsbescheid erlassen wurde.

Bewilligungsbehörde oder im Zuwendungsbescheid genannte Behörde
---

Ort, Datum

.....

## 1. Zuwendungsempfänger

<input type="checkbox"/> Stadt	<input type="checkbox"/> Markt	<input type="checkbox"/> Gemeinde	<input type="checkbox"/> Verwaltungsgemeinschaft	<input type="checkbox"/> Landkreis	<input type="checkbox"/> Bezirk	<input type="checkbox"/> Zweckverband
Name (bei kreisangehörigen Zuwendungsempfängern mit Angabe des Landkreises)						
Anschrift						
Bankverbindung (Bankleitzahl, Kontonummer, Geldinstitut)						
Auskunft erteilt (Name und Telefon-Nr. ggf. auch Fax-Nr.)						
Region				ggf. amtliche Gemeindekennziffer		

## 2. Maßnahme

Bezeichnung der Maßnahme
--------------------------

## 3. Sachlicher Bericht

Darstellung des Ergebnisses der Zuwendung (ggf. zahlenmäßige Angabe der geförderten Einheiten) Für Vorhaben nach Nrn. 2.2 und 2.3 RZWAs 2005 sind die Anlagen 6b bzw. 6c beizulegen.
---

#### 4. Zahlennachweis

- a) Für die unter Nr. 2 bezeichnete Maßnahme wurde vom Freistaat Bayern mit Bewilligungsbescheid vom ..... (Gz. ....) eine Zuweisung/ein Darlehen<sup>\*)</sup> von insgesamt ..... EUR bewilligt.
- b) Der Bewilligung der Zuwendung lagen zuwendungsfähige Ausgaben von ..... EUR und Einnahmen von ..... EUR zugrunde.
- c) Die Maßnahme wurde am ..... abgeschlossen.
- d) Der oben bezeichnete Zuwendungsempfänger hat hierfür bisher eine Zuweisung/ein Darlehen<sup>\*)</sup> von ..... EUR erhalten; eine Schlussrate von ..... EUR ist noch offen. Die nach Abschluss der Maßnahme tatsächlich angefallenen Gesamtkosten betragen ..... EUR, die tatsächlich angefallenen zuwendungsfähigen Ausgaben (nach Bauausgabebuch) betragen ..... EUR; die nicht zuwendungsfähigen Leistungen, Beiträge, Rückforderungen und Rückzahlungen wurden abgesetzt. Die tatsächlichen Einnahmen betragen ..... EUR.
- e) Die zustehende Zuwendung vermindert sich hiernach:  
 nein. \*\*)     ja. \*\*)

#### 5. Bestätigung

In Kenntnis, dass die Verwendungsbestätigung einen Verwendungsnachweis darstellt, und der strafrechtlichen Bedeutung unvollständiger oder falscher Angaben wird versichert:

- a) Die Zuwendung wurde ausschließlich zur Erfüllung des im Bewilligungsbescheid näher bestimmten Zuwendungszwecks verwendet; die im Zuwendungsbescheid genannten Bedingungen und Auflagen wurden eingehalten.
- b) Die Zuwendung wurde innerhalb der Verwendungsfrist verwendet:  
 nein. \*\*)     ja. \*\*)
- Falls nein:  
Die infolge der Überschreitung der Verwendungsfrist nach Art. 49a BayVwVfG anfallenden Zinsen von 6 v. H. p. a. liegen unterhalb der Bagatellgrenze von 250 EUR:  
 nein. \*\*)     ja. \*\*)
- c) Alle mit der Zuwendung zusammenhängenden Belege, Verträge und sonstigen Unterlagen können während der im Bewilligungsbescheid (einschließlich Nebenbestimmungen) festgelegten Aufbewahrungsfrist jederzeit zum Zwecke der Verwendungsprüfung oder Prüfung durch den Obersten Rechnungshof eingesehen oder zur Vorlage bei der prüfenden Stelle angefordert werden.
- d) Dem Zuwendungsempfänger ist bekannt, dass die Zuwendung im Falle ihrer zweckwidrigen Verwendung der Rückforderung und Verzinsung unterliegt und ihm bei Abgabe einer unrichtigen Verwendungsbestätigung der Beweis für die zweck- und fristgerechte Verwendung obliegt.

.....  
(Unterschrift)

Dienstsiegel

#### 6. Angebot zum Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages (Vertragsstrafenregelung)

Der Zuwendungsempfänger hat die Möglichkeit, durch die Wahl der Verwendungsbestätigung anstelle des Verwendungsnachweises seinen Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Dadurch werden aber die Möglichkeiten der Bewilligungsbehörde zur Plausibilitätsprüfung eingeschränkt. Der Zuwendungsempfänger erklärt sich daher bereit, im Falle unrichtiger Angaben in der Verwendungsbestätigung zusätzlich zu einer möglichen Rückforderung der Zuwendung einen Zuschlag in Höhe von 10 v. H. des Rückforderungsbetrages an den Zuwendungsgeber zu zahlen.

.....  
(Unterschrift)

Dienstsiegel

<sup>\*)</sup> Nichtzutreffendes streichen  
<sup>\*\*)</sup> Zutreffendes ankreuzen

# Vermerke zur Bewilligung der Schlussrate

Kennzeichen	V-Art	Gebiet	Nr.	Verfahrensschritt	8.
-------------	-------	--------	-----	-------------------	----

Vorläufige Festsetzung der Zuwendung durch das WWA:

Zuwendung	K-Art	€	cent	Datum / Unterschrift
-----------	-------	---	------	----------------------

Endgültige Festsetzung durch das StMUGV:

Zuwendung	K-Art	€	cent	aus Kap./Titel
Zuwendung	K-Art	€	cent	aus Kap./Titel
Datum	Name	Unterschrift		